

Auftrag Crameri betreffend Anpassung der rechtlichen Grundlagen für Gefahrenkarten und -zonen

Die Gründe, weshalb Gefahrenkarten und Gefahrenzonen ausgeschieden werden, sind vielseitig: Rutschungen, Lawinen, Stein-
schlag, Überschwemmungen oder andere Naturereignisse. Die Gefahrenkommissionen beurteilen die von Naturgefahren be-
drohten Gebiete und halten die Beurteilung in einem Plan fest; dieser ist behördenverbindlich. Erst mit der Überführung in die
Grundordnung werden diese grundeigentümergebunden (Art. 28 Abs. 2 und 3 des kantonalen Waldgesetzes [KWaG;
BR 920.100]). Heute unterscheidet der Kanton Graubünden zwischen Gebieten mit erheblicher Gefährdung (Gefahrenzone 1;
rot) und Gebieten mit mittlerer Gefährdung (Gefahrenzone 2; blau). Das Gesetz macht indessen keinen Unterschied, welche
Gefährdung zum Erlass einer Gefahrenkarte oder einer Gefahrenzone geführt hat: In roten Gefahrengebieten gilt ein generelles
Bauverbot für neue Bauten und Anlagen, die dem Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen. Bestehende Bauten und Anla-
gen, die dem Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen, dürfen nur erneuert werden (Art. 38 Abs. 2 des Raumplanungsge-
setzes für den Kanton Graubünden [KRG; BR 801.100]). In der Gefahrenzone 2 bedürfen neue Bauten und Anlagen, die dem
Aufenthalt von Menschen und Tieren dienen, besonderer baulicher Schutzmassnahmen. Bei wesentlichen Änderungen an be-
stehenden Gebäuden sind die erforderlichen Schutzmassnahmen für das ganze Gebäude zu treffen (Art. 38 Abs. 3 KRG).

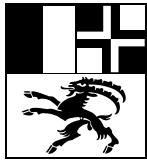
Bereits die Festlegung einer Gefährdung durch die Gefahrenkommission in der Gefahrenkarte hat für die betroffene Grundei-
gentümerschaft erhebliche Einschränkung zur Folge: Obwohl diese nur behördenverbindlich ist, wirkt sie bereits für die Eigen-
tümerschaft. Dasselbe gilt bei der (definitiven) grundeigentümergebundenen Festlegung in der Grundordnung der Gemeinde.
Während andere Kantone auch in roten Gefahrengebieten bauliche Massnahmen zulassen, etwa durch Objektschutzmassnah-
men, gilt in Graubünden faktisch ein Bauverbot. Dabei bleibt unberücksichtigt, ob die Gefahr nur zeitweilig gegeben ist, wie
etwa im Winter wegen Lawinengefahr, oder ob gar keine unmittelbare Gefährdung für Menschen und Tiere besteht, wie etwa
bei (permanenten) Rutschungen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen ist es in Graubünden der Grundeigentümerschaft etwa
auch verwehrt, im Baubewilligungsverfahren den Nachweis zu erbringen, dass eine in der Gefahrenzone ausgewiesene Gefahr
nicht mehr besteht oder durch andere sichernde Massnahmen behoben werden kann.

Vor diesem Hintergrund wird die Regierung beauftragt, dem Grossen Rat eine Anpassung des kantonalen Rechts zu unterbrei-
ten, wonach:

1. die behördenverbindliche Vorwirkung der Gefahrenkarten aufgehoben wird;
2. bauliche Massnahmen in Gefahrenzonen – gegebenenfalls unter Berücksichtigung versicherungstechnischer Fragen – zu-
gelassen werden, soweit die Risiken etwa durch Objektschutzmassnahmen im vertretbaren Bereich gehalten werden kön-
nen.

Chur, 10. Dezember 2025

Crameri, Loi, Menghini-Inauen, Altmann, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi,
Butzerin, Caluori, Caviezel, Censi, Cola, Collenberg, Derungs, Dürler, Epp, Gansner, Gort, Grass, Heim, Holzinger-Loretz,
Jochum, Kocher, Kohler, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Casta-
segna), Mittner, Righetti, Roffler, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber,
von Tscharnier, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart)



Sitzung vom

9. Februar 2026

Mitgeteilt den

11. Februar 2026

Protokoll Nr.

94/2026

Auftrag Crameri

betreffend Anpassung der rechtlichen Grundlagen für Gefahrenkarten und -zonen

Antwort der Regierung

Zu Punkt 1: In Art. 28 des kantonalen Waldgesetzes (KWaG; BR 920.100) werden betreffend Naturgefahren der Einsatz und die Aufgaben der Gefahrenkommissionen (GKo) genannt sowie der Plan der Gefahrenkommissionen (PGKo) geregelt. Der *be-
hördenverbindliche* PGKo ist in die *eigentümerverbindliche* Nutzungsplanung (NUP) zu überführen. Diese Verbindlichkeitsregelung ist unbefriedigend, zumal die faktischen und indirekten Verbindlichkeiten (aufgrund von Verantwortlichkeiten und Haftungsrisiken in Einzelfällen) früher eintreten, nämlich bereits mit der Feststellung einer Gefährdung. Die Behörden können sich, wenn sie im Einzelfall Entscheidungen zu treffen haben, nicht über vorhandene Tatsachen und Kenntnisse hinwegsetzen. Andernfalls drohen Konsequenzen. Die Erarbeitung der Grundlagen für die Beurteilung der potenziellen Gefährdung und Risiken durch Naturgefahren sowie die Bewertung der Risiken anhand von Schutzzielmatrizen und das Aufzeigen möglicher Massnahmen erfolgen gemäss Art. 31 Abs. 3 KWaG seitens des Kantons bzw. des Amts für Wald und Naturgefahren (AWN). Noch bevor also die Naturgefahren von der GKo beurteilt und im PGKo festgehalten werden (und somit noch weit bevor der PGKo in die NUP überführt wird), müssen durch das AWN Gefahrenkarten erstellt werden. Diese werden im GIS (einsehbar auf www.geogr.ch) publiziert und den Gemeinden mitgeteilt. Bereits die Gefahrenkarte zeitigt wie oben erwähnt Wirkungen und indirekte Verbindlichkeiten, ohne dass dies explizit im Gesetz normiert wäre. Die zuständigen Behörden haben nämlich – z. B. bei Baugesuchen – den Sachverhalt von Amtes wegen richtig und vollständig zu ermitteln. Eine Behörde, welche die Erkenntnisse aus einer vorhandenen Gefahrenkarte ignoriert, handelt riskant, allenfalls fehlerhaft und kann entsprechend haftpflichtig werden. Dies gilt eben auch dann, wenn die Resultate der Gefahrenkarte noch nicht in den PGKo und auch noch nicht in die NUP eingeflossen sind. Diese Haltung wird ebenfalls seitens des Bundes in seiner «Empfehlung Raumplanung und Naturgefahren» sowie seitens der Nationalen Plattform Naturgefahren (PLANAT) im Merkblatt «Gefahrenkarten aus dem rechtlichen

Blickwinkel» vertreten. Weiter schliesst z. B. die Gebäudeversicherung Graubünden (GVG), sobald eine aktuelle Gefahrenbeurteilung vorliegt, das spezifische Risiko bei einem Neubau (oder bei wesentlichen Investitionen) von der Versicherung aus (vorbehältlich der Umsetzung von Schutzmassnahmen). Indirekte behörden- und eigentümerverbindliche Wirkungen entstehen somit gleichzeitig mit der Erkenntnis, dass eine Gefährdung besteht, somit in der Regel mit der Feststellung durch Gefahrenkarten. Die Regierung ist aber bereit, die Regelung betreffend die Verbindlichkeit im KWaG zu überprüfen, und zwar im Rahmen der – aufgrund des Auftrags Kocher betreffend Teilrevision des kantonalen Raumplanungsgesetzes (KRG) und des Auftrags Crameri betreffend Beschleunigung Baubewilligungsverfahren – ohnehin vorzunehmenden Revision des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100).

Zu Punkt 2: In Art. 38 KRG sind Bauvorschriften für die Gefahrenzonen (GZ) 1 und 2 (rot und blau) enthalten. Diese gelten innerhalb und ausserhalb der Bauzonen. In Umsetzung des Auftrags Dürler betreffend Unterscheidung Sommerbetrieb/Winterbetrieb in der GZ 1 im Raumplanungsgesetz des Kantons wurde mit der Revision der Raumplanungsverordnung für den Kanton Graubünden (KRVO; BR 801.110) per 1. Juli 2023 bereits ein Schritt in die Richtung gemäss Punkt 2 des vorliegenden Auftrags getan. Ob weitere Möglichkeiten bestehen, bleibt offen. Die Regierung ist bereit, im Rahmen der anstehenden Revision des KRG auch die entsprechenden Bauvorschriften zu überprüfen.

Hinzuweisen ist darauf, dass der Kanton trotz seiner Topografie bei Gebäuden eine tiefe Elementarschadenquote verzeichnet, was wiederum günstige Prämien der Gebäudeversicherung Graubünden (GVG) nach sich zieht. Ein Grund dafür ist die grosse Präventionswirkung der erforderlichen Schutzmassnahmen bei Bauten in der GZ 1 und 2.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Incumbensa Crameri concernent l'adattaziun da las basas giuridicas per chartas e per zonas da privels

Ils motivs per determinar chartas da privels e zonas da privel èn multifars: bovas, lavinas, crudadas da crappa, inundaziuns u auters eveniments da la natira. Las cumissiuns da privels giuditgeschan ils territoris periclitads tras privels da la natira e registreschan il giudicament sin in plan ch'è liant per las autoritads. Pir cun il transferiment en l'urden fundamental daventa quest plan liant per las proprietarias ed ils proprietaris da bains immobigliars (art. 28 al. 2 e 3 da la Lescha chantunala davart il guaud [LCG; DG 920.100]). Oz differenziescha il chantun Grischun tranter territoris cun ina periclitaziun considerabla (zona da privel 1; cotschen) e territoris cun ina periclitaziun mesauna (zona da privel 2; blau). La lescha na differenziescha dentant betg, tenor tge periclitaziun ch'il relasch d'ina charta da privels u d'ina zona da privel è resultà: En territoris da privel cotschens vala in scumond da construcziun general per edifizis e per stabiliments novs, che servan a la dimora d'umans e d'animals. Edifizis e stabiliments existents, che servan a la dimora d'umans e d'animals, dastgan mo vegnir renovads (art. 38 al. 2 da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun [LPTGR; DG 801.100]). En la zona da privel 2 basegnan edifizis e stabiliments novs, che servan a la dimora d'umans u d'animals, mesiras da protecziun architectonicas spezialas. Sch'i vegnan fatgas midadas fundamentalas vi d'edifizis existents, ston vegnir prendidas las mesiras da protecziun necessarias per l'entir edifizis (art. 38 al. 3 LPTGR).

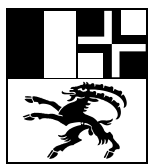
Gia cun la fixaziun d'ina periclitaziun tras la cumissiun da privel sin la charta da privels resulta ina restricziun considerabla per las proprietarias ed ils proprietaris dals bains immobigliars pertutgads: Cumbain che la fixaziun è mo lianta per las autoritads, vala ella gia per las proprietarias ed ils proprietaris. Il medem vala per la fixaziun (definitiva) lianta per las proprietarias ed ils proprietaris da bains immobigliars en l'urden fundamental da la vischnanca. Entant che auters chantuns permettian mesiras architectonicas er en territoris da privel cotschens, per exempel cun mesiras per proteger objects, vala facticamain in scumond da construcziun en il Grischun. En quest connex na vegni betg resguardà, sch'il privel exista mo temporarmain, sco per exempel durant l'enviern pervia dal privel da lavinas, u sch'i n'exista insumma nagina periclitaziun directa per umans e per animals, sco per exempel en cas da bovas (permanentas). Cuntrari ad auters chantuns na pon las proprietarias ed ils proprietaris da bains immobigliars en il Grischun er betg cumprovar en la procedura per la permissiun da construcziun, ch'in privel cumprovà en la zona da privel n'existia betg pli u possia vegnir eliminà tras autras mesiras da segirezza.

En quest senn vegn la Regenza incumbensada da suttametter al Cussegl grond in'adattaziun dal dretg chantunal, tenor la quala:

1. il pre-effect da las chartas da privels, ch'è liant per las autoritads, vegnia aboli;
2. mesiras architectonicas en zonas da privel vegnan permessas – eventualmain resguardond dumondas tecnicas da l'assicuranza – uschenavant che las ristgas pon vegnir tegnidas en in sector giustifitgabel cun agid da mesiras da protecziun d'objects.

Cuira, ils 10 da december 2025

Crameri, Loi, Menghini-Inauen, Altmann, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Butzerin, Caluori, Caviezel, Censi, Cola, Collenberg, Derungs, Dürler, Epp, Gansner, Gort, Grass, Heim, Holzinger-Loretz, Jochum, Kocher, Kohler, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Mittner, Righetti, Roffler, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber, von Tschanner, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart)



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

9 da favrer 2026

11 da favrer 2026

94/2026

Incumbensa Crameri

concernent l'adattaziun da las basas giuridicas per chartas e per zonas da privels

Resposta da la Regenza

Tar il punct 1: Concernent ils privels da la natira numna l'art. 28 da la Lescha chantunala davart il guaud (LCG; DG 920.100) las acziuns e las incumbensas da las cumissiuns da privel e regla il plan da las cumissiuns da privel. Il plan da las cumissiuns da privel ch'è *liant per las autoritads* sto vegnir transferì en la planisaziun d'utilisaziun ch'è *lianta per las proprietarias ed ils proprietaris*. Questa regulaziun da las obligaziuns na cuntenta betg, perquai che las obligaziuns facticas ed indirectas (pervia da responsablads e da ristgas da responsablads en cas singuls) resultan pli baud, numnadain gia cun la constataziun d'ina periclitaziun. Las autoritads na dastgan betg ignorar ils fatgs e las enconuschientschas existentas, sch'ellas ston prender decisiuns en il cas singul. Cas cuntrari smanatschan consequenzas. Il chantun resp. l'Uffizi da guaud e privels da la natira (UGP) elavura las basas per giuditgar la periclitaziun e las ristgas potenzialas tras privels da la natira sco er per valitar las ristgas a maun da matritz da finamiras da protecziun e mussa mesiras pussaivlas tenor l'art. 31 al. 3 LCG. Anc avant ch'ils privels da la natira vegnan pia giuditgads da las cumissiuns da privel e fixads en il plan da las cumissiuns da privel (e pia anc ditg avant che quest plan vegn transferì en la planisaziun d'utilisaziun), sto il UGP elavurar chartas da privels. Quellas vegnan publitgadas en il sistem d'informaziun geografica (da consultar sin www.geogr.ch) e communitgadas a las vischnancas. Sco menziunà qua survart ha gia la charta da privels per consequenza effects ed obligaziuns indirectas, senza che quai fiss normà explicitamain en la lescha. Las autoritads competentas ston – p.ex. en cas da dumondas da construcziun – numnadain eruir d'uffizi correctamain e cumplettamain ils fatgs. In'autorità che ignorescha las enconuschientschas d'ina charta da privels existenta, agescha en moda ristgada, eventualmain cun sbagls e sto correspundentamain star buna per eventuels donns. Quai vala er, sch'ils resultats da la charta da privels n'èn anc betg vegnids integrads en il plan da las cumissiuns da privel ed er anc betg en la planisaziun d'utilisaziun. Questa tenuta vegn medemamain represchentada da la Confederaziun en sia «Recumandaziun davart la planisaziun dal territori e davart ils privels da la natira» sco er da la Plattafurma naziunala «Privels natirals» (PLANAT) en il fegl d'informaziun «Chartas da

privels or da l'optica giuridica». Plinavant excluda p.ex. l'Assicuranza d'edifizis dal Grischun (GVG), uschespert ch'in giudicament actual dal privel è avant maun, la ristga specifica en cas d'in edifizis nov (u en cas d'investiziuns essenzialas) da l'assicuranza (cun resalva da la realisaziun da mesiras da protecziun). Effects indirects liants per las autoritads e per las proprietarias ed ils proprietaris resultan pia a medem temp cun l'enconuschientscha, ch'ina periclitaziun exista, pia per regla cun la constataziun tras chartas da privel. La Regenza è dentant pronta d'examinar la regulaziun concernent l'obligaziun da la LCG, e quai en il rom da la revisiun da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR; DG 801.100), che sto en mintga cas vegnir fatga sin basa da l'incumbensa Kocher concernent ina revisiun parziala da la Lescha davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (LPTGR) e l'incumbensa Crameri concernent l'acceleraziun da las proceduras per la permissiun da construcziun.

Tar il punct 2: L'art. 38 LPTGR cuntegna prescripziuns da construcziun per las zonas da privel 1 e 2 (zona cotschna e blaua). Quellas valan entaifer ed ordaifer las zonas da construcziun. Realisond l'incumbensa Dürler concernent la differenziaziun tranter manaschi da stad e manaschi d'enviern en la zona da privel 1 en la Lescha chantunala davart la planisaziun dal territori è – cun la revisiun da l'Ordinaziun davart la planisaziun dal territori per il chantun Grischun (OPTGR; DG 801.110) – gia vegnì fatg per il 1. da fanadur 2023 in pass en la direcziun tenor il punct 2 da l'incumbensa qua avant maun. Sch'i dat ulteriuras pussaivladads, resta avert. La Regenza è pronta dad examinar las prescripziuns da construcziun respectivas en il rom da la proxima revisiun da la LPTGR.

I sto vegnir renvià al fatg, ch'il chantun ha – malgrà sia topografia – ina bassa quota da donns elementars en connex cun edifizis, quai che procura da sia vart per premias favuraivlas da l'Assicuranza d'edifizis dal Grischun (GVG). In motiv per quai è il grond effect preventiv da las mesiras da protecziun necessarias per edifizis en las zonas da privel 1 e 2.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond d'acceptar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Martin Bühler

Il chancelier:

Daniel Spadin

Incarico Cramerì concernente l'adeguamento delle basi giuridiche per le carte dei pericoli e le zone di pericolo

I motivi per cui vengono delimitate carte dei pericoli e zone di pericolo sono molteplici: frane, valanghe, caduta massi, inondazioni o altri fenomeni naturali. Le commissioni di pericolo valutano le zone minacciate da pericoli naturali e registrano tale valutazione in un piano; tale piano è vincolante per le autorità. Solo con il trasferimento nell'ordinamento base diventa vincolante per i proprietari dei fondi (art. 28 cpv. 2 e 3 della legge cantonale sulle foreste [LCFo; CSC 920.100]). Oggi il Cantone dei Grigioni distingue tra zone di pericolo elevato (zona di pericolo 1; rossa) e zone di pericolo medio (zona di pericolo 2; blu). La legge non distingue però quale pericolo abbia portato all'emanazione di una carta dei pericoli o di una zona di pericolo: nelle zone di pericolo rosse vige un divieto generale di costruzione di nuovi edifici e impianti destinati a ospitare persone e animali. Edifici ed impianti esistenti destinati ad ospitare persone e animali possono solo essere rinnovati (art. 38 cpv. 2 della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni [LPTC; CSC 801.100]). Nella zona di pericolo 2, nuovi edifici e impianti che servono per ospitare persone e animali necessitano di particolari misure edilizie di protezione. In caso di modifiche sostanziali a edifici esistenti devono essere prese le necessarie misure di protezione per tutto l'edificio (art. 38 cpv. 3 LPTC).

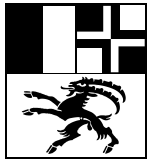
La sola determinazione di un pericolo da parte della commissione di pericolo nella carta dei pericoli comporta limitazioni considerevoli per i proprietari dei fondi interessati: pur essendo vincolante solo per le autorità, essa esplica già effetti per i proprietari. Lo stesso vale per la determinazione (definitiva) con carattere vincolante per i proprietari dei fondi nell'ordinamento base del Comune. Mentre altri Cantoni ammettono misure edilizie anche in zone di pericolo rosse, ad esempio tramite misure di protezione degli oggetti, nei Grigioni vige di fatto un divieto di costruzione. Non viene considerato se il pericolo è dato solo temporaneamente, come ad esempio in inverno a seguito del pericolo di valanghe, o se non vi sia un pericolo immediato per persone e animali, come ad esempio nel caso di frane (permanenti). Diversamente da altri Cantoni, nei Grigioni i proprietari dei fondi non possono dimostrare nella procedura per il rilascio della licenza edilizia che un pericolo dimostrato nella zona di pericolo non sussiste più o che può essere eliminato con altre misure di sicurezza.

Sulla base di quanto esposto, il Governo viene incaricato di sottoporre al Gran Consiglio un adeguamento del diritto cantonale secondo cui:

1. venga revocato l'effetto anticipato delle carte dei pericoli vincolante per le autorità;
2. vengano autorizzate misure edilizie in zone di pericolo, eventualmente tenendo conto di questioni di carattere assicurativo, qualora i rischi possano essere mantenuti entro limiti ragionevoli, ad esempio, con misure di protezione degli oggetti.

Coira, 10 dicembre 2025

Cramerì, Loi, Menghini-Inauen, Altmann, Berther, Berweger, Bettinaglio, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Butzerin, Caluori, Caviezel, Censi, Cola, Collenberg, Derungs, Dürler, Epp, Gansner, Gort, Grass, Heim, Holzinger-Loretz, Jochum, Kocher, Kohler, Kuoni, Lamprecht, Loepfe, Luzio, Messmer-Blumer, Metzger, Michael (Donat), Michael (Casta-segna), Mittner, Righetti, Roffler, Said Bucher, Saratz Cazin, Sax, Schutz, Sgier, Spagnolatti, Stocker, Tomaschett, Ulber, von Tschärner, Wieland, Zanetti (Sent), Zanetti Marion (Landquart)



Seduta del

9 febbraio 2026

Comunicato il

11 febbraio 2026

Protocollo n.

94/2026

Incarico Crameri

concernente l'adeguamento delle basi giuridiche per le carte dei pericoli e le zone di pericolo

Risposta del Governo

In merito al punto 1: per quanto riguarda i pericoli naturali, nell'art. 28 della legge cantonale sulle foreste (LCFo; CSC 920.100) vengono menzionati l'impiego e i compiti delle commissioni di pericolo (CP) e viene disciplinato il piano delle commissioni di pericolo (PCP). Il PCP *vincolante per le autorità* deve essere trasferito nella pianificazione dell'utilizzazione (PU) *vincolante per i proprietari*. Questa regolamentazione dell'obbligatorietà è insoddisfacente, tanto più che gli obblighi di fatto e indiretti (derivanti da responsabilità e rischi di responsabilità in singoli casi) si manifestano anticipatamente, ossia già con l'accertamento di un pericolo. Quando devono prendere decisioni nel singolo caso, le autorità non possono ignorare i fatti e le conoscenze di cui già dispongono. In caso contrario vi sono conseguenze. Conformemente all'art. 31 cpv. 3 LCFo, l'elaborazione delle basi per la valutazione dei potenziali pericoli e dei rischi legati ai pericoli naturali nonché la valutazione dei rischi sulla base di matrici degli obiettivi di protezione e l'indicazione di possibili provvedimenti avvengono da parte del Cantone ovvero dell'Ufficio foreste e pericoli naturali (UFP). Quindi l'UFP deve allestire carte dei pericoli ancora prima che i pericoli naturali vengano valutati dalla CP e fissati nel PCP (e pertanto anche molto prima che il PCP venga trasferito nella PU). Queste carte vengono pubblicate nel SIG (consultabile su www.geogr.ch) e comunicate ai comuni. Già la carta dei pericoli, come sopra menzionato, produce effetti e obblighi indiretti, senza che ciò sia esplicitamente disciplinato dalla legge. Le autorità competenti, ad es. in caso di domande di costruzione, sono infatti tenute d'ufficio ad accertare la fattispecie in modo corretto e completo. Se un'autorità ignora le indicazioni che scaturiscono da una carta dei pericoli disponibile, agisce in modo rischioso, eventualmente facendo errori e può di conseguenza essere ritenuta responsabile. Questo vale anche se i risultati della carta dei pericoli non sono ancora confluiti nel PCP e nemmeno nella PU. Tale posizione viene sostenuta anche dalla Confederazione nelle sue raccomandazioni «La pianificazione del territorio e i pericoli

naturali» nonché dalla piattaforma nazionale Pericoli naturali (PLANAT) nel promemoria «Le carte dei pericoli dal punto di vista giuridico». Inoltre, non appena è disponibile una valutazione dei pericoli aggiornata, l'Assicurazione fabbricati dei Grigioni (AFG) esclude ad es. nel caso di nuovi edifici (o in caso di investimenti sostanziali) il rischio specifico dall'assicurazione (fatta salva l'attuazione di misure di protezione). Gli effetti indiretti vincolanti per le autorità e per i proprietari sorgono pertanto contemporaneamente alla constatazione dell'esistenza di un pericolo, di regola con l'accertamento operato mediante le carte dei pericoli. Il Governo è però disposto a esaminare la regolamentazione concernente il carattere vincolante della LCFo, e ciò nel quadro della revisione della legge sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (LPTC; CSC 801.100) da eseguire in ogni caso a seguito dell'incarico Kocher concernente la revisione parziale della legge cantonale sulla pianificazione territoriale (LPTC) e dell'incarico Cramerli concernente l'accelerazione delle procedure per il rilascio della licenza edilizia.

In merito al punto 2: l'art. 38 LPTC contiene prescrizioni edilizie per le zone di pericolo (ZP) 1 e 2 (rosso e blu). Esse valgono all'interno e al di fuori delle zone edificabili. Nel quadro dell'attuazione dell'incarico Dürler concernente la distinzione tra attività estiva e attività invernale nella zona di pericolo 1 nella legge cantonale sulla pianificazione del territorio, con la revisione dell'ordinanza sulla pianificazione territoriale del Cantone dei Grigioni (OPTC; CSC 801.110) con effetto al 1° luglio 2023 è già stato fatto un passo verso il punto 2 dell'incarico in oggetto. Resta da chiarire se sussistano ulteriori possibilità. Il Governo è disposto a esaminare anche le corrispondenti prescrizioni edilizie nel quadro dell'imminente revisione della LPTC.

Va osservato che il Cantone, nonostante la sua topografia, per i fabbricati registra una bassa quota di danni causati dalla natura, ciò che a sua volta comporta premi dell'Assicurazione fabbricati dei Grigioni (AFG) vantaggiosi. Uno dei motivi è costituito dall'elevato effetto preventivo esercitato dalle misure di protezione necessarie per edifici nelle ZP 1 e 2.

In base a quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

Il Presidente:

Martin Bühler

Il Cancelliere:

Daniel Spadin